

ZÜRICH UND REGION

Jüngste Gemeinde: Hettlingen lockte Steuerzahler, es kamen Kinder. Nun will man die Rechnung nicht bezahlen. 13

Paradox: Behinderte müssen an der Stadtgrenze umsteigen, weil es (zu) viele Fahrdienste gibt. 15

Bellevue: Was ein Laie auf Galerienbummel im reichen Zürich erlebt. 20



Schengen im Zürcher Unterland: Die Warenkontrolle an der Grenze bleibt bestehen. Die Personenkontrolle wird von der Grenze ins Hinterland verlegt.

Ab Freitag keine Passkontrolle mehr in Rafz

Ab dem 12. Dezember gehört die Schweiz zum Schengen-Raum. Was ändert sich? Für die Grenzwächter mehr als für die Reisenden. Auf Besuch im Zürcher Unterland.

Von **Hannes Nussbaumer (Text)** und **Dominique Meienberg (Bilder)**

Rafz. – Grenzübergang Rafz-Lottstetten am Nordrand des Kantons Zürich: In beide Richtungen läuft der Wochenendverkehr. Bülacher, die nach Jestetten zum Einkaufen fahren. Süddeutsche, die nach Zürich in den Ausgang wollen. Und mittendrin der Schweizer Grenzwächter mit dicker Uniformjacke. Es ist bitterkalt in Rafz. Die meisten Fahrzeuge winkt der Mann durch, einige hält er an; er blickt auf die Ausweise, dann ins Auto und stellt die Standardfrage: «Händ Sie Waare debii?» Selten will er den Kofferraum inspizieren.

Häufiger kommt es in diesen Tagen vor, dass auch die Kontrollierten eine Frage stellen. Sie möchten wissen, was sich kommenden Freitag ändert. Ab diesem Tag gehört die Schweiz zum Schengen-Raum.

«Der Wissensstand ist extrem verschieden», sagt Hans Arzethauser, Informationsbeauftragter der Grenzschutzregion Aargau/Zürich. Deshalb wird ab heute Montag an den Grenzübergängen eine Broschüre verteilt. Titel: «Schengen kommt, die Zollkontrolle bleibt.» Die Broschüre erklärt: Der Schengen-Beitritt sei kein Beitritt zur EU-Zollunion, weshalb sich nichts

ändere an den Bestimmungen, die für die Ein- und Ausfuhr von Waren gälten. Daher werde an der Grenze auch weiterhin kontrolliert, ob die Bestimmungen eingehalten würden. Wer gehofft hat, dank Schengen künftig unbehelligt Weinkisten und Fleischberge über die Rafzer Grenze bringen zu können, der hat vergeblich gehofft.

Also viel Schengen-Lärm um nichts? Hans Arzethauser steht unter dem Vordach der Zollanlage. Die Autos stehen Stossstange an Stossstange. Er schüttelt den Kopf. Schengen bringe erhebliche Veränderungen, doch seien diese vor allem für das Personal spürbar. «Wir müssen uns auf neue Abläufe einstellen.» Der wichtigste Unterschied: Das Schengen-Recht verbietet Personenkontrollen, sofern kein begründeter Verdacht vorliegt. Bei Warenkontrollen dürfen die Grenzwächter die Ausweise der Kontrollierten künftig nur dann einsehen, wenn es Hinweise auf ein Vergehen gibt.

Grenzübergänge sind Nadelöhre

Der Pensionär aus Eglisau, unterwegs nach Singen, hat zwar seinerzeit Nein zum Schengen-Beitritt gestimmt. Doch inzwischen ist er voller Hoffnung: Er verspricht sich vom Verzicht auf die Personenkontrollen einen flüssigeren Grenzverkehr. Doch Grenzwächter Arzethauser warnt vor hohen Erwartungen. Dass es zu Staus komme, liege vor allem daran, dass Grenzübergänge Nadelöhre seien. Auch in Zukunft werde es Verstopfungen geben.

Nichtsdestotrotz: Die Hoffnung des Eglisauers ist nicht unbegründet – doch weniger wegen der Veränderungen, die

auf Schweizer Seite anstehen. Folgenreicher dürften die Neuerungen auf der ausländischen, also – im Rafzer Fall – deutschen Seite sein. Für Deutschland ist die Grenze zur Schweiz noch bis zum 11. Dezember, 23.59 Uhr, eine Schengen-Aussengrenze. Diese muss auf Geheiss von Brüssel aufwändig bewacht werden. «Von uns wird verlangt, dass jeder Reisende und jedes Fahrzeug kontrolliert werden», sagt Helmut Mutter, Sprecher der deutschen Bundespolizeiinspektion Lörrach.

Damit ist ab Freitag Schluss. «Am 12. Dezember, um 0 Uhr, ziehen wir die Bundespolizei von der Schweizer Grenze ab», sagt Mutter. Anders als in der Schweiz, wo die Grenzschutz Personen und Waren kontrolliert, gibt es in Deutschland zwei verschiedene Behörden. Die Bundespolizei ist für Personen, der Zoll für Waren zuständig – Letzterer bleibt.

Wie sehr der Grenzübergang beschleunigt wird, will Mutter nicht prognostizieren. Zumal: Die von der EU verlangte Total-Kontrolle an der Schengen-Aussengrenze hätten die deutschen Behörden an der Schweizer Grenze so grosszügig wie möglich praktiziert. Die Kontrollendichte sinkt also nur auf dem Papier von hundert Prozent auf null. Gleichwohl ist Mutter überzeugt: «Für uns bringt der 12. Dezember die grösseren Veränderungen als für die Schweizer Kollegen.»

Mehr mobile Kontrollen

Und die Folgen der abgebauten Personenkontrollen? Herrscht künftig weniger Sicherheit im Land? Hans Arzethauser demotiviert: «Unter dem Strich werden die

Kontrollen nicht abgebaut. Sie werden nur verlagert.» Was man darunter zu verstehen hat, demonstrieren zwei Grenzwächter und ein Militärpolizist an der Hauptstrasse zwischen Eglisau und Hüntwangen, fünf Kilometer vom Rafzer Grenzübergang entfernt. Das Trio hat einen Posten aufgebaut und führt hier Personen- und Fahrzeugkontrollen durch. «Wir haben die mobilen Kontrollen markant ausgebaut. Damit kompensieren wir den Abbau an den Grenzübergängen», so Arzethauser. Die mobilen Grenzwächter dürfen, was ihren Kollegen an der Grenze untersagt ist: Personen und Fahrzeuge ohne Verdacht anhalten und kontrollieren. Das «Grenz hinterland» – der Raum, in dem die Grenzschutz künftig verstärkt mobile Kontrollen durchführt – reicht im Kanton Zürich sechs bis zwölf Kilometer ins Landesinnere.

Einheimische regen sich weniger auf

Die herausgeplückten Automobilisten reagieren von total gelassen bis total verärgert. Ein Lenker beschwert sich: Gestern sei er von der Polizei angehalten worden, heute von der Grenzschutz – «ist euch eigentlich langweilig?» Arzethauser sagt: «Einheimische sind sich die Kontrollen gewohnt. Die regen sich nicht mehr auf. Andere manchmal schon; das gehört dazu.»

Dritte versuchen, der Kontrolle auszuweichen. Ein grauer Kleinbus biegt kurz vor dem Kontrollposten abrupt auf einen holprigen Feldweg ab. Die Grenzwächter schöpfen Verdacht und nehmen die Verfolgung auf. Wenig später kommen sie zurück: Fehlalarm. Im Bus waren eine Frau und ein Hund auf dem Weg zum Spazieren.

Künstlerpartei fordert vom Bund 68 Milliarden

Kulturschaffende der Region haben eine Partei gegründet und planen eine Volksinitiative: Der Bund soll einen Fonds öffnen, um die Sozialwerke zu sichern. Das sei kein Gag, beteuern sie.

Von **Marcus May**

Küsnacht. – Der Küsnachter Fotograf und Designer Marco Pellanda hat gestern Sonntag zusammen mit dem Zürcher Lichtkünstler Arthur Berini und einem Dutzend weiterer Kulturschaffender die Künstlerpartei Schweiz (KPS) gegründet. Der Gründungszweck der Partei ist auch gleich ihr Programm: Sie will eine Volksinitiative lancieren, die vom Bund verlangt, 68 Milliarden Franken dem Schweizer Volk zur Verfügung zu stellen.

Bund muss für Schaden geradestehen

Er könne nicht länger mitansehen, wie die öffentliche Hand mit Milliarden genau diejenigen alimentiere, die für die Finanzkrise verantwortlich seien, sagt der 54-jährige Marco Pellanda. Rund 68 Milliarden Franken betrage der Gesamtschaden, der dem Finanzplatz Schweiz im Zuge der aktuellen Finanzkrise drohe und für den der Bund jetzt geradestehen müsse, sagt er und fordert den gleichen Betrag nun «fürs Volk». Zu diesem Zweck soll der Bund 68 Milliarden Franken in einen Fonds einschliessen. Mit dem Zinsertrag sollen in Zukunft gemäss Pellanda die Sozialwerke wie AHV, IV oder die Arbeitslosenkasse mitfinanziert werden. Eine Milliarde jährlich würde im Laufe der nächsten 68 Jahre an den Bund zurückgezahlt.



Marco Pellanda.

Alle können mitmachen

Die Initianten betonen die Ernsthaftigkeit ihres Anliegens. Sie verstehen ihr Engagement weder als Aktionskunst noch als künstlerisches Statement. Die Initiative gehe zwar aus Künstlerkreisen hervor, in der neuen Partei mitmachen könne aber jedermann. Pellanda fordert namens der KPS Politik und Wirtschaft auf, das Volk wieder ernst zu nehmen und es nicht nur als konsumierende Masse zu betrachten. «Es braucht heute eine andere, neue Sicht auf die Wirklichkeit», ergänzt Pellanda. Er und seine Mitstreiter verstehen sich als Teil einer latent unzufriedenen Volksbewegung. Nächste Woche will er den Initiativtext bei der Bundeskanzlei deponieren, im Laufe des Frühlings soll mit der Unterschriftensammlung begonnen werden.

Brand auf Albispass – Oldtimer unversehrt

Langnau a. A. – Am Samstag früh um 4 Uhr hat eine Scheune auf der Albispasshöhe gebrannt, in der unter anderem Möbel und eine Oldtimersammlung gelagert wurden. Anwohner alarmierten die Feuerwehr, die von Langnau, Adliswil und Zürich her ausrückte. Laut Mitteilung der Kantonspolizei gelang es den Feuerwehrleuten, den Brand in kurzer Zeit zu kontrollieren und die beiden Wohnhäuser neben der Scheune vor Feuer zu schützen. Der Sachschaden beträgt rund 400 000 Franken, wobei die alten Autos weitgehend unversehrt blieben. Eine Betondecke über dem Erdgeschoss hatte sie offenbar vor den Flammen geschützt. Noch unklar ist, ob allenfalls Wasserschäden entstanden. Die Kantonspolizei schliesst Brandstiftung aus, ein technischer Defekt dürfte das Feuer ausgelöst haben. (mgm)